

Fraktion B90/Grüne in der Stadtverordnetenversammlung

Fraktionsantrag

Fraktionsvorsitz	Dr. Ute Weinmann
------------------	------------------

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	
13. August 2018	

Betreff

Antrag Dienstfahräder und Jobticket für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Antragstext

Zur Unterstützung der umweltfreundlichen Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll die Stadtverwaltung folgende Maßnahmen beschließen:

Den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen für die Dienstfahrten Fahrräder bzw. Elektrofahrräder sowie ein Lastenfahrrad zur Verfügung gestellt werden. Dafür sollen entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Außerdem soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Jobticket angeboten werden kann und welche Kosten der Kommune jährlich entstehen würden. Das hessische Innenministerium soll hierbei mit der fachlichen Expertise unterstützen. Das Ergebnis der Prüfung soll dann zunächst im Ausschuss für Haushalt und Finanzen beraten werden.

Begründung

Ein Dienstfahrrad steht bisher den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt nicht zur Verfügung. Somit werden auch kürzere Dienstfahrten i.d. R. mit dem Auto zurückgelegt und belasten in den engen Gassen und innerstädtischen Straßen den Verkehr, die Wohngebiete, die Zufußgehenden und Radfahrenden. Ein Lastenrad könnte gut für kleine Transporte im Nahbereich bzw. in den Stadtteilen eingesetzt werden. Die Anschaffung von Dienstfahrrädern ist ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz sowie zur Verkehrsberuhigung und Gesundheitsförderung. Gerade im Kurzstreckenbereich unter fünf Kilometern ist die Nutzung eines Fahrrads eine umweltfreundliche und klimaschonende Alternative zum Auto. Im Hinblick auf die Förderung der Nahmobilität könnte die Stadt insofern mit gutem Beispiel vorangehen und andere Arbeitgeber motivieren, ihren Beschäftigten ebenfalls Dienstfahrräder zur Verfügung zu stellen. Dass diese Maßnahmen auch zur Reduzierung der hier ständig aufkommenden Parkraumproblematik führen würde, liegt auf der Hand. Auch die Implementierung des kostenlosen Jobtickets im ÖPNV analog dem ab 1. Januar 2018 für die Beschäftigten des Landes Hessen geltenden Landesmodell, wäre ein attraktives Angebot für die Beschäftigten unserer Stadt, das zugleich eine Investition zugunsten einer umweltfreundlichen Mobilität ist. Ziel ist es, dass noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den ÖPNV umsteigen und zur Verringerung der Verkehrs- und Umweltbelastung beitragen. „Nachdem also das Land

Hessen vorgesprescht ist“, sind jetzt auch die Kommunen aufgefordert, „das beste aus der Sache zu machen“ (Stephan Giesela (CDU) Direktor des Hessischen Städtetags am 15.8. 2017 in der FR). Mit dem Jobticket, so die Stadt Kassel, die ihren MitarbeiterInnen in Kooperation mit der Kasseler Verkehrsgesellschaft seit Januar 2018 ein günstiges Jobticket anbietet, „kommen die ArbeitnehmerInnen günstig, bequem, ohne Stau und Stress bei der Parkplatzsuche sowie sicher an ihren Arbeitsplatz. Das wäre auch für die Beschäftigten der Oestrich-Winkeler Verwaltung zu wünschen.

Finanzielle Auswirkungen

Müssen noch geprüft werden.